



Bild: AdobeStock by WavebreakMediaMicro - <https://stock.adobe.com>

11-Punkte für bessere Bildung unter Corona-Bedingungen

GRÜNE FORDERN KLEINERE KLASSEN UND CORONA-BILDUNGSFONDS

Die saarländischen Grünen haben ein 11-Punkte-Papier für sichere Bildung, verlässlichen Gesundheitsschutz und eine gute Digitalausstattung an saarländischen Schulen vorgelegt. Hintergrund ist der neuerliche Lockdown und die Folgen der Corona-Pandemie für die Schul- und Bildungspolitik im Saarland. Die Grünen fordern



Klaus Kessler,
Bildungsminister a.D.

der Bildungsministerin eine absolute Notwendigkeit für eine Strategie wenigstens bis zu den Sommerferien. Grünen-Landeschef Markus Tressel: „Die saarländische Bildungspolitik in der Krise ist völlig durcheinander



MdB, Grünen-
Landesvorsitzender
Markus Tressel

Zulassung von Wechsel- und Hybridunterricht, sondern auch die Einstellung von 400 Lehrkräften über den regulären Ersatzbedarf hinaus. Grünen-Bildungsexperte Klaus Kessler: „Die Pandemie hat die ohnehin angespannte Personalsituation an den Schulen weiter verschärft und sie hat klar aufgezeigt, dass unsere

darin eine verlässliche Strategie, die allen Beteiligten größtmögliche Planbarkeit, Bildungsqualität und auch Sicherheit vor Ansteckung mit dem Corona-Virus bietet. Die Grünen fordern unter anderem kleinere Klassen, 400 neue Lehrkräfte über den regulären Ersatzbedarf hinaus und einen Corona-Bildungsfonds. Überdies müsse die schulpsychologische Betreuung pandemiebedingt ausgeweitet werden.

Die Grünen sehen „nach Monaten des planlosen Herumprobierens und Herumdokterns“

und in Unordnung. Heute so, morgen so, das scheint die Maxime der Landesregierung zu sein. Der Unmut bei den Betroffenen ist deshalb zu Recht riesengroß. Die Kritik reicht von Kommunikationsdefiziten der Bildungsministerin über mangelnde Gesundheitsfürsorge und Wertschätzung beim Lehrpersonal bis zu Unzulänglichkeiten und Funktionsstörungen der digitalen Lernplattform OSS. Deshalb brauchen wir jetzt eine klare Strategie, die über die kommende Woche hinausgeht. Die Grünen fordern deshalb nicht nur die

Schulen unterpersonalisiert sind. Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation ist aus unserer Sicht die unbefristete Einstellung von zunächst etwa 400 zusätzlichen Lehrkräften über den regulären Ersatzbedarf hinaus dringend erforderlich.“

Für sichere Bildung, verlässlichen
Gesundheitsschutz und gute Digitalaus-
stattung in den saarländischen Schulen

 <https://gruenlink.de/1x5z>

**Einfachere Impfungen für
Pflegekräfte und medizinisches
Personal statt Scheindebatten
um Impfpflicht!** **3**

**Grüne für Bürger*innenräte
auch im Saarland** **4**

**Saarländisches „Amazon“
auf den Weg bringen** **5**

 **RE: Das digitale Fachgespräch**

**Moria – Wie human ist die
europäische Außenpolitik?** **9**



GrünExpress

AUSGABE
01-2021

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst wünschen wir Dir nochmal ein gutes und –angesichts der Pandemie besonders- ein gesundes Jahr 2021! Wir hatten uns alle erhofft, dass wir in dieses Jahr mit der Gewissheit starten können, dass die Pandemie spürbar nachlässt. Trotz Impfstoff sieht es, auch wegen der mutmaßlich noch ansteckenderen Mutationen, erst Mal nicht so aus, dass wir schnell in ein „normaleres“ Leben zurückkehren werden.

Das ist besonders schlimm für Kinder und Jugendliche, weil sie nach Wochen des Homeschoolings und des Fernbleibens von Schule, Freizeitaktivitäten und Freund:innen ihre sozialen Kontakte vermissen und sich auch in der Bildung Lücken auftun. Das Handeln des zuständigen Ministeriums hilft da nicht unbedingt weiter: Die saarländische Bildungspolitik in der Krise ist völlig durcheinander und in Unordnung. Heute so, morgen so, das scheint die Maxime der Landesregierung zu sein. Der Unmut bei den Betroffenen ist deshalb zu Recht riesengroß. Deshalb brauchen wir jetzt eine klare Strategie, die über die kommende Woche hinausgeht. Mit unseren 11 Punkten, die hier auch verlinkt sind, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, hier mehr Strategie und Planung hinein zu bekommen.

Natürlich sind auch viele andere Bereiche von dieser Krise massiv betroffen: Die Frage der Impforgaorganisation ist unbefriedigend gelöst, genauso wie die Ungleichbehandlung des Handels. Hier gibt es großen Handlungsbedarf. Die Krise wird auch für uns als Partei weitere Änderungen mit sich bringen: Unser traditioneller Politischer Aschermittwoch wird dieses Jahr auch nur online stattfinden können, genauso wie unser Parteileben die nächsten Wochen nur auf Distanz organisiert werden muss.

Lasst uns gemeinsam Wege finden, das trotzdem so gut wie möglich zu machen. Zusammenhalt und Solidarität sind in diesen Zeiten gefragt denn je!

Herzliche Grüße,

Tina Schöpfer Markus Tressel

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

BERLIN AKTUELL

Grünen-Anfrage: Verlagerung von grenz- überschreitendem Güterverkehr auf die Schiene kommt nicht voran

Die Verlagerung von grenzüberschreitendem Güterverkehr von der Straße auf die Schiene kommt zwischen dem Saarland und Frankreich nicht voran.

Das geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage des saarländischen Bundestagsabgeordneten Markus Tressel hervor. Während die Zahl der Güterzüge am Grenzübergang Saarbrücken-Forbach zwischen 2013 und 2019 zurückgegangen ist, steigen in der Tendenz die Transportmengen auf der Straße. Der Grünen-Politiker fordert mindestens für die Region eine deutsch-französische Schienengüterverkehrs-Strategie, um mehr Fracht von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dazu gehöre auch eine Industrieflächenplanung, die die Verlagerung von Transportmengen auf die Schiene unterstütze.

Die Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf die Schriftliche Frage von Markus Tressel finden Sie hier:

<https://markus-tressel.de/tressel-fuer-deutsch-franzoesische-schienengueterverkehrs-strategie/>

<https://gruenlink.de/1x61>

 GRUENESAAR

 GRUENESAAR

 @GRUENE_SAAAR



LANDESVERBAND
SAARLAND



Einfachere Impfungen für Pflegekräfte und medizinisches Personal statt Scheindebatten um Impfpflicht!

Die Grünen im Saarland kritisieren die derzeitige Impfpraxis im Saarland, wonach Pflegekräfte und medizinisches Personal große Hürden nehmen müssen, um an eine Impfung zu gelangen. So müssen sich Pflegekräfte und medizinisches Personal, die der 1. Gruppe der Impfberechtigten angehören, überwiegend über das reguläre Anmeldeportal um einen Termin beim Impfzentrum bemühen. Eine Ausnahme stellen derzeit lediglich sechs Krankenhäuser dar, in denen vor Ort geimpft wird. Um die Impfquote unter Pflegekräfte zu erhöhen, ist es daher dringend geboten, dass gerade Pflegekräfte in Altenheimen vor Ort von den mobilen Teams geimpft werden, die auch die Bewohner impfen. Statt über eine Impfpflicht zu einer Zeit zu diskutieren, in der der Impfstoff knapp ist, gilt es die Impfung für Pflegekräfte so einfach wie möglich zu machen!

Hierzu erklärt die Grünen-Generalsekretärin Meyer-Gluhe: „Die Debatte zur Impfpflicht vom Pflegekräften kommt völlig zur Unzeit. Dies gilt gerade für das Saarland. Denn hier sind die Hürden für Pflegekräfte, sich impfen zu lassen, so hoch, dass die wenigsten Pflegekräfte überhaupt in den Genuss einer Impfung kommen. Von der Impfquote der Pflegekräfte kann hier daher keinesfalls auf die Impfbereitschaft geschlossen werden. Dies liegt daran, dass die Pflegekräfte nicht vor Ort von den mobilen Teams geimpft werden, sondern sich im regulären Verfahren beim Impfzentrum melden und auf einen Termin warten müssen.“

Das ist insbesondere aus Infektionsschutzgründen zu kritisieren, weil es gerade bei diesem Personal der 1. Gruppe um den Schutz von Hochrisikopatienten geht. Es ist aber auch eine Minderschätzung der Pflegekräfte, die seit Anfang der Pandemie bis

an den Rand ihrer Kräfte gehen und nun größten Hürden ausgesetzt sind, um sich impfen zu lassen und damit sich und andere zu schützen. Gesundheitsminister Bachmann ist daher dringend gefordert, das Verfahren schnellstmöglich zu ändern und dafür zu sorgen, dass die Pflegekräfte in den Altenheimen vor Ort geimpft werden können, wenn die mobilen Teams dort sind, um die Bewohner*innen zu impfen. Auch für das berechnete medizinische Personal muss es eine flächendeckende vereinfachte Lösung geben, wie es derzeit in sechs Krankenhäusern praktiziert wird. Das Verfahren muss dahin geändert werden, dass schnellstmöglich viele Kräfte geimpft werden können, die mit der Hochrisikogruppe Kontakt haben. Das ist bei der derzeitigen Praxis nicht der Fall.“



<https://gruenlink.de/1wxz>



Saartoto: Postenvergabe nach Parteibuch beenden

Die Grünen haben den Wechsel des SPD-Politikers Pauluhn an die hochdotierte Saartoto-Spitze scharf kritisiert. Trotz der Erfahrungen aus der LSVS-Krise machten CDU und SPD mit ihrer Selbstversorgungspolitik einfach weiter und verteilten Versorgungsposten paritätisch unter sich.

Grünen-Landeschef Markus Tressel fordert einen klaren Schnitt bei Saartoto und warnt vor einem weiteren Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen: „Offenbar haben CDU und SPD aus der Krise des Landessportverbandes nichts gelernt, wenn nun wieder einmal ein SPD-Politiker mit einem hochdotierten und eigentlich überflüssigen Geschäftsführerposten bei Saartoto fürstlich versorgt wird.“ Tressel drängt auf einen klaren Schnitt bei Saartoto mit einer Entpolitisierung. „Zur Führung von Saartoto mit dem ohnehin rückläufigen Glücksspielgeschäft reicht ein Geschäftsführer völlig aus. Das eingesparte Geld stünde dann kulturellen oder sozialen Projekten zur Verfügung. Gerade in der Corona-Krise wäre das mal ein starkes Signal gewesen. Zudem muss es selbstverständlich sein, den Geschäftsführerposten auszuschreiben und strikt nach fachlichen Kriterien zu besetzen.“

<https://gruenlink.de/1x62>



Grüne für Bürger*innenräte auch im Saarland

SCHÖPFER: BÜRGER*INNEN MEHR IN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN EINBINDEN

Vor dem Hintergrund des zurzeit auf Bundesebene stattfindenden Bürger*innenrats zur deutschen Außenpolitik fordern die saarländischen Grünen die Landesregierung auf, dieses Instrument auch im Saarland zu nutzen. In den Bürger*innenräten diskutieren zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger über wichtige gesellschaftspolitische Themen und entwickeln gemeinsam Lösungen und Handlungsempfehlungen. Ein wichtiges Themen könnte aus Sicht der Grünen z. B. der Klimaschutz sein, aber auch die Konsequenzen aus der Corona-Krise. Für die aktuelle Krisenbewältigung erneuern die Grünen ihre Forderung nach einem Corona-Bürger*innenrat.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Gerade in der Corona-Krise trifft die Landesregierung weitreichende Entscheidungen, die das Leben der Menschen stark beeinflussen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um das weitere Vorgehen mit möglichen Verschärfungen ist es wichtig, die Lebensrealitäten aller Bürgerinnen und Bürger im Blick zu haben, um pragmatische Lösungen finden. Jede*r erlebt die Krise vor dem Hintergrund des eigenen beruflichen und privaten Lebens, Alters usw. anders – z.B. als Schüler*in, Selbstständige*r, alleinerziehendes Elternteil oder Bewohner*in einer Seniorenresidenz. Jede*r hat einen anderen Blick und eine andere Perspektive, ist von den Maßnahmen zur Krisenbewältigung teilweise unterschiedlich betroffen. Auch wenn die Infektionslage konsequentes Handeln erfordert, gibt es deshalb auch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Maßnahmen konkret ausgestaltet werden sollten. Um die Diskussion darüber nicht nur den Sozialen Netzwerken zu überlassen, sondern die Bürgerinnen und Bürger aktiv stärker einzubinden, schlagen wir nochmals einen Corona-Bürger*innenrat



Tina Schöpfer
Grünen-Landeschefin

vor, um die Alltags-Expertise der Bürgerinnen und Bürger stärker zu berücksichtigen. Dies ist auch wichtig für die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung.“

Auch wenn diese Räte vorerst in Videokonferenzen tagen müssten, seien sie ein wichtiges Element, um gerade in schwierigen Zeiten mehr Bürger*innenbeteiligung zu gewährleisten. „Die Erfahrung aus Baden-Württemberg zeigt, dass diese Art der Beteiligung bei den Bürger*innen auf großes Interesse stößt. Nach dem dortigen Vorbild ist denkbar, solche Bürger*innenräte in einem zweiten Schritt ergänzend auch grenzüberschreitend einzuberufen, um über die besondere Situation in der Grenzregion zu diskutieren“, so Schöpfer weiter.

Weitere Informationen:

<https://gruenlink.de/1wxx>

<https://gruenlink.de/1x64>

Suspendierung von HNO-Chefarzt an der Homburger Uniklinik muss verlängert werden

Die saarländischen Grünen fordern Ministerpräsident Tobias Hans auf, alle Möglichkeiten, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, auszuschöpfen, um die Beendigung der Suspendierung des HNO-Chefarztes an der Homburger Uniklinik, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs sexueller Belästigung ermittelt, rückgängig zu machen solange die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen sind

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Es verwundert sehr, dass die Dienstaufsicht nicht das Ende der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgewartet hat, bevor sie entscheidet, wie mit der Suspendierung weiter umgegangen wird. Solange die Ermittlungen noch laufen, muss Ministerpräsident Hans aufgrund der Schwere der Vorwürfe im Sinne aller der am Verfahren Beteiligten dafür sorgen, dass die Suspendierung weiter aufrechterhalten wird. Ansonsten ist es nicht vorstellbar, dass eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der HNO-Klinik unter den gegebenen Umständen möglich ist. Diese braucht es aber dringend zum Wohle der Beschäftigten und der Patient*innen. Solange die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen, ist die Aufhebung der Suspendierung zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal, im Übrigen auch für die Ermittlungsbehörden. Hier muss der Ministerpräsident dringend tätig werden. Außerdem braucht es zügige Aufklärung, was es mit der Kontaktaufnahme des von der Landesregierung eingesetzten Ermittlungsführers im Disziplinarverfahren gegen den Klinikleiter bei der Anwältin der Zeugin, über die die Frankfurter Rundschau berichtet hat, auf sich hat. Ministerpräsident Hans muss hier die politische Verantwortung übernehmen und tätig werden, da das Wissenschaftsministerium als Dienstaufsicht bei der Staatskanzlei angesiedelt ist.“

Artikel der Frankfurter Rundschau zum Thema:

<https://gruenlink.de/1wxw>





Einzelhandel: Saarländisches „Amazon“ auf den Weg bringen

RUNDER TISCH LÖST KEINE STRUKTURELLEN PROBLEME

Eine Folge von Corona ist die Krise der Innenstädte und der dortigen Händler. Die Grünen wollen kleine Einzelhändler deshalb mit einer regionalen Vermarktungsplattform für den Online-Handel unterstützen. Der Runde Tisch, den Wirtschaftsministerin Rehlinger durchgeführt haben, sei sicher gut gemeint, löse aber das strukturelle Problem der Ungleichbehandlung des Handels in der Krise nicht. Hier müsse die Wirtschaftsförderung ansetzen und einen digitalen Marktplatz nach dem Vorbild von Amazon für das Saarland auf den Weg bringen. Damit könne auch die sich durch die Krise vertiefende Abhängigkeit von den digitalen Monopolisten gebremst werden.

„Während der stationäre Einzelhandel massive Nachteile hat, floriert der Online-Handel und davon profitieren derzeit vor allem Großkonzerne“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Dies gelte auch für den Handel, der noch öffnen dürfe. Hier würden dauerhaft die Großanbieter, die neben Lebensmitteln auch ein großes Non-Food-Angebot hätten dauerhaft gestärkt mit massiven Folgen für die Innenstädte.

Tressel: „Unter den gegebenen Pandemiebedingungen brauchen wir eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung, um die nötige Infrastruktur für einen regionalen

Online-Handel auf den Weg zu bringen, niedrigschwellig und idealerweise auf einer regionalen Plattform. Das Land sollte mit einem digitalen Marktplatz nach dem Vorbild von Amazon dem saarländischen Einzelhandel eine regionale und neutrale Vermarktungsplattform ins Leben rufen.“ Das könne dem Einzelhandel auch langfristig helfen, ein stationäres Angebot in den Innenstädten aufrecht zu erhalten und die sich durch die Krise vertiefende Abhängigkeit von den digitalen Monopolisten bremsen.

<https://gruenlink.de/1wy0>



Autobahn GmbH: Landesbetrieb für Straßenbau neu strukturieren

Anlässlich der Betriebsaufnahme der Autobahn GmbH fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel eine große Strukturreform der Landesstraßenbauverwaltung, um die Herausforderungen einer modernen Mobilitätspolitik gerecht werden.

Der Landesbetrieb für Straßenbau müsse zu einem Mobilitätsdienstleister weiterentwickelt werden. Die Umorganisation „Lfs2020“ greife trotz guter Ansätze zu kurz. Der Wegfall der Autobahnzuständigkeit biete die historische Chance, Kapazitäten für andere Aufgaben, wie den Radschnellwegebau, zu nutzen. Ziel müsse es sein, den Fuß- und Radverkehr mindestens gleichberechtigt zum motorisierten Individualverkehr zu behandeln. Der Aus- und Neubau von Radwegen muss dabei endlich eine tragende Säule werden. Die jahrzehntelange Vernachlässigung anderer Verkehrsträger und -teilnehmer als dem Auto müsse jetzt auch strukturell ausgeglichen werden. Notwendig sei zudem eine Novelle des Straßengesetzes und eine klare Aufgabenzuweisung für den Radschnellwegebau.

<https://gruenlink.de/1x66>





Grüne fordern von der Landesregierung Maßnahmen zum Erhalt alter PV-Anlagen

Die jüngste EEG-Reform auf Bundesebene die Gefahr, dass alte PV-Anlagen sich künftig nicht mehr rechnen und stillgelegt werden, obwohl sie einen wertvollen Beitrag zur Energiewende leisten. Die Grünen im Saarland fordern die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu verhindern. Dazu gehören erstens ein Landesförderprogramm für Speicher, um den Eigenverbrauch und damit die Rentabilität der Anlagen zu steigern. Zweitens brauche es für Anlagenbetreiber, die keine Möglichkeit zu einem höheren Eigenverbrauch haben, eine Lösung. Hierzu müsse sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Mindestvergütung für Alt-PV-Anlagen in Höhe von 10 ct/kWh einsetzen.

Hierzu erklärt Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche:

„Die EEG-Reform ist in vielerlei Hinsicht eine große Enttäuschung und Hindernis für die Energiewende. Absolut unverständlich ist, dass alte PV-Anlagen, die als die Pioniere der Energiewende galten, durch die neuen Regelungen aus dem Strommarkt gedrängt werden. Dies ist mit Blick auf alle Energie- und Klimaziele der Bundesregierung in keinsten Weise nachzuvollziehen. Hier werden Anlagen, die noch funktionstüchtig sind und einen wertvollen Beitrag zur Energiewende leisten, kaputt gemacht.“

Grund hierfür ist die Regelung, dass Betreiber gezwungen sind, ihren Strom künftig selbst zu vermarkten oder ihn an den örtlichen Netzbetreiber abzugeben. Selbstvermarktung lohnt sich aber nur bei sehr großen Anlagen und die Belieferung der örtlichen Stadt- oder Gemeindewerke ist aus Sicht der Betreiber nicht wirtschaftlich. Denn nach aktueller Rechtslage dürfen diese den weiterhin eingespeisten Strom nur zum „Jahresmarktwert“ vergüten, der sich am durchschnittlichen Börsenstrompreis orientiert.

Für eine 1 kW Anlage, die nach 20 Jahren Betriebszeit immer noch 70 % ihrer Leistung bringt, würden dann zB statt bisher 350.- € nur noch 23.- € jährlich erstattet. Der Austausch eines Wechselrichters, der nach 20 Betriebsjahren ansteht, kostet gut 500.- €. Das führt dazu, dass die Anlagen absehbar still gelegt werden. Wirtschaftlich bleibt daher nur der Eigenverbrauch. Dieser ist aber in vielen Fällen nicht ohne Weiteres möglich.

Bleibt es bei diesen Regelungen, ginge also ein wertvoller Beitrag der Energiewende verloren. Schon im laufenden Jahr wären bundesweit 18 000 Anlagenbetreiber betroffen, die für eine Leistung von 115 MW stehen. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren auf eine systemrelevante Größenordnung wachsen. PV-Einspeisung im Niederspannungssektor spart dem Netzbetreiber Netzkosten, und macht das System redundanter.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verdrängung alter PV-Anlagen aus dem Markt zu verhindern.

1. Hierzu gehört einerseits ein Förderprogramm zur Steigerung des Eigenverbrauchs. Andere Bundesländer gehen hier mit guten Beispielen voran. So hat beispielsweise Brandenburg jüngst ein Programm aufgelegt, mit dem Stromspeichersysteme mit bis zu 30 Prozent der zuzurechnenden Kosten, max. 3000 Euro, gefördert werden.

2. Für Fälle, in denen eine Erhöhung des Eigenverbrauchs nicht möglich ist, braucht es eine Mindestvergütung, um zu verhindern, dass die Anlagen stillgelegt werden. Hier fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine angemessene Vergütung gezahlt wird. Damit die Kosten der Altanlagen dauerhaft gedeckt werden und die Leistung am Netz bleibt, fordern wir die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, eine Mindestvergütung von 10 ct pro kWh festzuschreiben, wenn weniger als die Hälfte des Solarstroms selbst verbraucht werden kann.“



Schülerstreiks: Maulkorb für Schulen und Lehrer?

Die Grünen fordern vom saarländischen Bildungsministerium Aufklärung darüber, ob es im Rahmen der Schülerstreiks zur Rückkehr in den Präsenzunterricht eine Anweisung des Ministeriums an Schulen und Lehrer gab, nicht mit der Presse zu sprechen und Informationen über die Zahl dem Unterricht ferngebliebener Schüler:innen preiszugeben. Es gebe entsprechende Informationen aus mehreren Schulen des Landes, dass Schulleitungen an Lehrer:innen entsprechende Anweisungen weitergegeben hätten.

Grünen-Landeschef Markus Tressel dazu: „Uns haben mehrere Hinweise erreicht, dass Lehrerinnen und Lehrer mit Verweis auf das Ministerium explizit von Schulleitungen verboten wurde, der Presse Auskünfte über dem Unterricht fernbleibende Schüler oder die Streikaktion zu erteilen. Sollte dies tatsächlich eine Initiative des Ministeriums gewesen sein, wäre das ein regelrechter und nicht vertretbarer Maulkorberlass gegenüber den Lehrkräften.“

Update: Das Ministerium teilte dazu mit: „Grundsätzlich sind unsere Lehrkräfte lediglich gehalten, Äußerungen gegenüber

den Medien im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit mit ihrem Dienstherrn, dem Ministerium für Bildung und Kultur, abzustimmen.“ Die Grünen bleiben dabei: „Das ist ein Maulkorb, denn es sorgt de facto dafür, dass am Ende nur noch das Ministerium und von ihm „autorisierte“ Menschen die Situation an unseren Schulen beschreiben. Regierungsamtliche Sprachregelung ersetzt dann den Einblick für die Medien in die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort.“

<https://gruenlink.de/1wy2>

Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur: Neue Zuschüsse den Bundes abrufen

Zum Start des Bundessonderprogramms „Stadt und Land“ zur Verbesserung des Radverkehrs appelliert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel an Verkehrsministerin Rehlinger und die saarländischen Bürgermeister, den Radwegebau zu forcieren und die finanziellen Zuschüsse des Bundes zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur von bis zu 90 Prozent je Maßnahme zügig abzurufen. Immer wieder wurden in der Vergangenheit Gelder nur teilweise abgerufen oder ganz verfallen gelassen.

Tressel: „Immer wieder hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren Bundesmittel zur Verbesserung der Radinfrastruktur nur teilweise abgerufen oder gar ganz verfallen lassen. Ähnlich sieht es bei den Kommunen aus, wie die geringe Teilnahmequote beim „Bike+Ride“-Förderprogramm für mehr Fahrradstellplätze an Bahnhöfen zeigt. Ich fordere Verkehrsminis-

terin Rehlinger und die Bürgermeister auf, die Bundesförderung für mehr Radwege, Fahrradstellplätze und die Umsetzung verkehrlicher Maßnahmen auch zu nutzen. Das Saarland kann es sich nicht leisten, auch nur einen Euro verfallen zu lassen.“

<https://gruenlink.de/1x69>

Ein Winterrouten- Radnetz für das Saarland



RADWEGE GLEICHRANGIG ZU STRASSEN VON EIS UND SCHNEE BEFREIEN

Anlässlich der Schneefälle und vieler nicht geräumter Radwege fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel, künftig Straßen und Radwege gleichrangig von Schnee zu befreien. Radfahrerinnen und Radfahrer dürften im Winter keine Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse sein, so Tressel. Der Grünen-Politiker fordert die Ausweisung eines Winterrouten-Radnetzes, solange die Räum- und Streudienste technisch und personell noch nicht in der Lage seien, alle Radwege gleichzeitig zu räumen.

„Während der Winterdienst auf Straßen der Regelfall ist, ist dieser bei Fahrradwegen oft noch die Ausnahme oder findet verspätet statt. Im schlimmsten Fall werden die Radwege auch noch mit Schnee zugeschoben. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen Saar.

Land und Kommunen müssten ihre Streu- und Räumdienste technisch und personell so ausstatten, dass Radwege gleichrangig zu den Straßen geräumt werden könnten. Gerade zu Corona-Zeiten sei das Rad für viele Menschen das Verkehrsmittel der Wahl.

<https://gruenlink.de/1x67>





Grüne fordern Leitlinien für Distanzunterricht aufstellen

MEYER-GLUCHE: KONZEPT ZUR SCHLISSUNG VON BILDUNGSLÜCKEN VORLEGEN!

Die Grünen in Saarland sind besorgt über Bildungsnachteile der saarländischen Schülerinnen und Schüler. Im Saarland gebe es weder Konzepte für den Distanzunterricht noch zum Aufholen von Bildungslücken. Das Bildungsministerium müsse dringend schnellstmöglich handeln, um Bildungsnachteile im Vergleich zu anderen Bundesländern zu verhindern.

Hierzu erklärt Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche: „Die Bildungsministerin hat es im vergangenen Jahr versäumt, gemeinsam mit den Schulen Konzepte zum Distanzunterricht zu entwickeln, weil man vor einem weiteren Lockdown schlichtweg die Augen verschlossen hat und einseitig auf den Präsenzunterricht gesetzt hat. Während es in anderen Bundesländern seitens der Bildungsministerien Leitlinien zur Struktur und Ablauf des Distanzunterrichtes gibt, herrscht im Saarland Fehlanzeige. Im Saarland ist es daher nun völlig abhängig von der einzelnen Lehrerin und dem einzelnen Lehrer, wie der Tag einer Schüler*in aussieht. Teilweise finden Videokonferenzen nur sporadisch statt oder es werden lediglich Wochenaufgaben ins Netz hochgeladen. Das wirkt sich sowohl

auf den Bildungserfolg als auch auf das psychische Wohl der Kinder und Jugendlichen negativ aus. Kinder und Jugendlichen brauchen dringend Strukturen im Alltag, gerade in diesen Zeiten, in denen auch kein außerschulisches soziales Leben stattfinden kann. Das Bildungsministerium ist daher dringend gefordert, den Schulen Handlungsempfehlungen für den Distanzunterricht zu geben, die eine einheitliche Tagesstruktur zumindest für den Vormittag bei halten – mit Zeiten für Videokonferenzen, selbstständiges Arbeiten und Feedbackrunden.

Zu kritisieren ist auch, dass die Landesregierung das Thema von Bildungslücken nicht ernst nimmt. Schon in den Sommer- und Herbstferien gab es im Saarland kei-

nerlei zusätzliche Angebote. Trotz zweiten Lockdowns hat die Bildungsministerin nun auch ein Angebot für die Winterferien ausgeschlossen. Die Bildungsministerin darf das Problem nicht weiter abtun und muss jetzt ein Konzept zur Schließung von Bildungslücken vorlegen. Hierzu gehören freiwillige Angebote in den Ferien wie auch ein angepasstes schulisches Förderangebot während der Schulzeiten. Das ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, da es gerade Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten nicht möglich sein wird, dies durch private Nachhilfeangebote aufzuholen.“

<https://gruenlink.de/1x68>



SaarVV-Tarifreform: Tressel drängt auf festen Starttermin

Der Landesvorsitzende der Grünen und Bundestagsabgeordnete Markus Tressel fordert einen verbindlichen Zeitplan mit einem festen Starttermin für die Tarifreform im Saarland. Die Fahrgäste hätten einen Anspruch darauf endlich zu wissen, wann und wie es mit den Fahrpreisen weitergehe, so Tressel. Gerade in der Krise brauche der ÖPNV eine klare Perspektive. Offenbar ist der Zeitplan weiterhin unklar, wie eine Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf Tressel-Anfrage nahelegt. Verkehrsministerin Rehlinger müsse endlich für Transparenz sorgen.

„Der Starttermin für die lang angekündigte und dringend notwendige Tarifreform ist weiter offen. Offenbar sind die Gespräche zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen erst in Planung, obwohl Verkehrsministerin Rehlinger seit nunmehr knapp zwei Jahren beabsichtigt, die Tarifreform „schnellstmöglich“ umzusetzen. Die Corona-Krise kann in Zeiten von Videokonferenzen keine Ausrede dafür sein, die notwendigen Gespräche nicht zu führen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Ministerin den Starttermin bewusst verzögert, aus welchen Gründen auch immer“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen Saar.



Der Grünen-Politiker fordert einen verbindlichen und möglichst schnellen Starttermin für die SaarVV-Tarifreform. Tressel: „Der Handlungsbedarf ist riesig und vor allem akut. Wir brauchen endlich einen verbindlichen Starttermin, auf den sich alle Saarländerinnen und Saarländer einstellen können. Gerade in der Krise braucht der ÖPNV jetzt eine klare Perspektive.“ Zudem sei immer

noch unklar, wie die Tarifreform letztendlich wirklich aussehe. „Ich erwarte, dass das kleinteilige, teure und ungerechte 140-Wabensystem auf dem Weg zum 365-Euro-Ticket auf höchstens drei Tarifzonen radikal zusammengestrichen wird. Alles andere wäre eine herbe Enttäuschung für alle, die auf spürbare Verbesserungen gehofft hätten. Die angekündigten Pauschaltickets sind auf Grund ihrer Einschränkungen meist keine Alternative, insbesondere für Berufspendler.“

Die Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf die Schriftliche Frage von Markus Tressel finden Sie hier.

<https://gruenlink.de/1wxxy>

DO., 04. FEB, 19 UHR

RE: Donnerstag
04.02.21
19 Uhr

Das digitale Fachgespräch

Markus Tressel diskutiert:

Moria - Wie human ist die europäische Asylpolitik?

Zu Gast:
Erik Marquardt, Mitglied d. Europäischen Parlaments
Joline Lamwersiek, Refugee Law Clinic Saar
Claudius Grossmann, Refugee Law Clinic Saar

**Fachgespräch zu
MORIA UND EUROPÄISCHER FLÜCHTLINGSPOLITIK**

Nächsten Donnerstag, am 04.02.2021 um 19 Uhr, lädt Markus Tressel zum digitalen Fachgespräch "Re: Moria - Wie human ist die europäische Außenpolitik". Zu Gast sind spannende Expert:innen aus der Praxis, die sich täglich dort einsetzen, wo die europäische Asylpolitik versagt:

- Erik Marquardt, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Joline Lamwersiek, Refugee Law Clinic Saarbrücken
- Claudius Grossmann, Refugee Law Clinic Saarbrücken

Was können wir tun? Welche politischen Maßnahmen braucht es in Deutschland und Europa?

Meldet euch jetzt an und seid via **zoom** dabei:
https://us02web.zoom.us/webinar/register/6816118450990/WN_FVuS_EcdTylF8A_6dbYTcA

<https://gruenlink.de/1x6r>

Livestream:
<https://www.facebook.com/markustresselmbd>

<https://gruenlink.de/1vr0>

